

Die amerikanischen Technologieriesen wachsen viel stärker als kleinere Unternehmen SEITE 30

Digitale Plattformen wie Uber verändern den Arbeitsalltag tiefgreifend SEITE 31

Die Schweiz gerät in Japan unter Druck

Schwindender Wettbewerbsvorteil aufgrund des Freihandelsabkommens zwischen Brüssel und Tokio

THOMAS FUSTER

Es war eine Pioniertat, welche die Schweizer Handelsdiplomatie 2009 feiern konnte. Als erstem Staat Europas war es der Schweiz gelungen, ein Freihandelsabkommen mit Japan in Kraft zu setzen. Die Hoffnung war gross, damit einen bedeutsamen Wettbewerbsvorteil errungen zu haben. Einige Jahre später droht dieser Vorteil nun nicht nur verloren zu gehen. Wie der Bundesrat diese Woche mitgeteilt hat, könnte die Schweiz in Japan auch schon bald mit Diskriminierungen zu kämpfen haben, etwa beim Marktzugang für Basis-Agrargüter und verarbeitete Landwirtschaftsprodukte.

Viertgrösster Exportmarkt

Konkurrenz erwächst der Schweiz seitens der EU. So hat Brüssel im vergangenen Dezember ebenfalls den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Tokio bekanntgegeben. Das Vertragswerk sieht die Schaffung der – nach Massgabe der Wirtschaftskraft – grössten Freihandelszone der Welt vor. Brüssel rechnet damit, dass das Abkommen bereits 2019 in Kraft treten wird. Der Wortlaut des Vertrags ist erst vor kurzem veröffentlicht worden. Im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ist man daher noch damit beschäftigt, dessen Inhalt und die Folgen für die Schweiz zu prüfen.

Die am Donnerstag publizierte Warnung des Bundesrats findet sich in einer Stellungnahme zu einer Interpellation von CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Darin fordert die Vertreterin der parlamentarischen Gruppe Schweiz - Japan eine Weiterentwicklung des Freihandelsabkommens mit Japan. Sie zeigt sich besorgt, dass die Schweiz schon in absehbarer Zeit damit rechnen müsse, auf dem japanischen Markt stärkerer Konkurrenz aus der EU ausgesetzt zu sein. Diese Sorge scheint durchaus begründet. Die Europäische Kommission hat angekündigt, dank dem neuen Abkommen werde die grosse Mehrheit der derzeit rund 1 Mrd. € wegfallen, die EU-Exporteure pro Jahr in Japan an Zöllen zahlen müssen.



Japan kämpft mit einer Abwanderung vom Land. Das macht jetzt Zugeständnisse im Agrarbereich möglich.

YURIKO NAKAO / BLOOMBERG

Mit ihrem Ansinnen rennt die Parlamentarierin in Bern offene Türen ein. Der Bundesrat hat gegenüber Japan schon wiederholt Interesse an einer Modernisierung des Abkommens signalisiert, und zwar im Rahmen des Gemischten Ausschusses der beiden Länder. Letztmals war dies im Oktober 2016 der Fall. Angeregt wurde damals eine Überarbeitung des Abkommens in den Bereichen Warenhandel, zolltechnische Aspekte und Handelserleichterungen sowie nachhaltige Entwicklung. Die japanische Regierung zeigte aber kein Interesse; man scheint mit dem bestehenden Abkommen zufrieden zu sein.

Für die Schweiz steht viel auf dem Spiel. Japan ist der viertgrösste Export-

markt, nach der EU, den USA und China. Bedeutsam sind angesichts von Japans rasch alternder Bevölkerung vor allem die Ausfuhren von Pharmaprodukten. Sie haben sich im vergangenen Jahrzehnt mehr als verdoppelt und machen heute 40% der Schweizer Exporte nach Japan aus. An zweiter Stelle folgen Uhren. Wenngleich Japan einen Handelsbilanzüberschuss saldiert, resultiert gegenüber der Schweiz ein Defizit. 2017 lag dieses bei 3,9 Mrd. Fr. Die Exporte nach Nippon entwickelten sich dabei mit einem Plus um 0,7% auf 7,3 Mrd. Fr. weit träger als die Einfuhren, die um 11% auf 3,5 Mrd. Fr. zulegten.

Es ist seit Jahren ein offenes Geheimnis, dass man in Bern mit den Resultaten

des Freihandelsabkommens nicht wirklich zufrieden ist; die Erwartungen haben sich bisher nicht erfüllt. Um dies zu ändern, reiste Bundesrat Johann Schneider-Ammann 2014 mit einer Wirtschaftsdelegation nach Japan. Am Problem änderte die Reise aber wenig. Deshalb ist es wenig überraschend, dass die Schweiz jetzt eine Benachteiligung gegenüber der EU bei Agrarprodukten fürchtet. Das bestehende Abkommen mit Japan sieht in diesem Bereich keine nennenswerten Liberalisierungen vor: Einige Schweizer Produkte wie Trockenfleisch, Käsespezialitäten, Wein und Schokolade erhalten einen bevorzugten Zugang, während Japan etwa Konzessionen auf Reiswein (Sake) zugestanden werden.

Weh taten diese Konzessionen keiner Seite. Dass die Freihandelsgespräche recht unverkrampft abliefen, hatte vor allem einen Grund: Die zwei Staaten, die bei der Welthandelsorganisation WTO beide zu den Netto-Lebensmittelimporteuren (G-10) zählen, waren sich rasch einig, am Agrarschutz nicht zu rütteln. Zudem fanden die Gespräche auf bilateraler Ebene statt und nicht im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta). Denn in der Efta wären neben der Schweiz und Liechtenstein auch Norwegen und Island beteiligt gewesen, die wohl ein paar heikle Fragen zur Fischereipolitik formuliert hätten. Daran hatte Japan kein Interesse.

Lähmende Landwirtschaft

Seither hat sich Japan aber bewegt. Nicht nur im Rahmen der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) hat Tokio Konzessionen im Agrarbereich gemacht, die noch vor zehn Jahren undenkbar gewesen wären. Auch gegenüber der EU zeigt sich Japan bereit, den Markt für Agrarprodukte teilweise zu öffnen. Beim Wein ist eine volle Liberalisierung geplant, während die hohen Zölle auf Käsesorten wie Gouda etappenweise abgebaut werden. Bei anderen Käsesorten und Milchprodukten sind zumindest zollfreie oder zollerlässigte Kontingente geplant, was Schweizer Konkurrenten ebenfalls spüren dürften. Im Gegenzug erhalten Japans Autobauer einen besseren Zugang zum EU-Absatzmarkt.

Während sich Japans Landwirtschaft zumindest leicht öffnet, ist Ähnliches im Schweizer Agrarsektor nirgendwo erkennbar. Für den Abschluss oder die Weiterentwicklung von Freihandelsabkommen stellt diese Unbeweglichkeit ein immer grösseres Hindernis dar. Das zeigt sich auch in Südamerika, wo die EU kurz vor dem Abschluss eines Freihandelsvertrages mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) steht. Auch dieses Abkommen birgt für die Schweizer Wirtschaft ein grosses Diskriminierungspotenzial, wie der Dachverband Economiesuisse vor kurzem errechnet hat.

Die Deutsche Bank schreibt weiter rote Zahlen

Trumps Steuerreform vermässelt Deutschlands grösstem Geldhaus den ersten Gewinn seit 2014

Konzernchef Cryan kommt mit der versprochenen Sanierung nur schleppend voran. Die Aktionäre verlieren langsam, aber sicher die Geduld.

MICHAEL RASCH, FRANKFURT

Die Deutsche Bank bleibt eine einzige grosse Baustelle. Das Unternehmen kommt mit dem operativen Umbau und der Verbesserung der Kennzahlen nur sehr langsam voran, wie die Ergebnisse für das Jahr 2017 zeigen. Das räumt auch Konzernchef John Cryan ein, der zwar Fortschritte sieht, aber mit den Ergebnissen nicht zufrieden ist.

Immerhin hätte es für Deutschlands grösstes Geldhaus 2017 beinahe für den ersten Gewinn nach zwei sehr verlustreichen Jahren gereicht, doch die Steuerreform in den USA machte dem Institut einen Strich durch die Rechnung. Deshalb muss der Konzern ein Minus von 500 Mio. € verbuchen, wobei vor Steuern immerhin ein Gewinn von 1,3 Mrd. € (Vorjahr: -810 Mio. €) resultierte. Anleger reagierten enttäuscht auf den Mangel an guten Nachrichten und das Zah-

lenwerk insgesamt. Die Aktien verloren zeitweise mehr als 6% an Wert.

Die Ursache für das verdorbene Nettoergebnis sind Bewertungsanpassungen bei latenten Steueransprüchen in den USA durch die Steuerreform, die zu einer Belastung in Höhe von 1,4 Mrd. € führte. Die Bank kann frühere Verluste in den USA nicht wie erwartet steuerlich geltend machen. Ohne diese Belastung hätte das Institut einen Nachsteuerge-

2018 – John Cryans letzte Chance

Kommentar auf Seite 11

winn von rund 900 Mio. € erzielt (Vorjahr: -1,4 Mrd. €). Das wäre zwar auch im Vergleich mit anderen Banken ein äusserst bescheidener Gewinn gewesen, aber zumindest ein Gewinn.

Die Verbesserung des Ergebnisses ohne Berücksichtigung der US-Steuerproblematik und diverser Sondereffekte fusst vor allem auf deutlich geringeren Wertberichtigungen und Kosten für Rechtsfälle als im Vorjahr. Insgesamt

kommt das Institut bei den Kosten jedoch kaum voran. Die bereinigten Aufwendungen sind 2017 lediglich um 4% auf 23,8 Mrd. € gesunken. Für 2018 plant die Deutsche Bank nun mit zinsunabhängigen Aufwendungen über 23 Mrd. € und liegt damit rund eine Milliarde über dem selbstgesetzten Plan. Einsparungen durch Verkäufe von Geschäften, die sich verzögert haben oder aufgeschoben wurden, sind die Ursache dafür.

Insgesamt hat die Deutsche Bank mit knapp 100 000 Mitarbeitern viel zu viel Personal. Dieses macht knapp die Hälfte der Kosten aus. Die Bank weist denn auch eine lausige Kosten-Ertrags-Relation von 93% aus. Die harte Kernkapitalquote stieg durch die Reduzierung von risikogewichteten Aktiva auf gute 14%. Viel Raum für Verbesserungen gibt es auch weiterhin bei der Verschuldungsquote, die zwar von 3,5% auf 3,8% kletterte, aber im Branchenvergleich immer noch mässig ist.

Das Institut steht auf drei Säulen: der Unternehmens- und Investmentbank, der Privat- und Firmenkundenbank sowie dem Asset-Management, das inzwischen weltweit unter der Marke DWS firmiert. Die Einheiten standen 2017

beim Ergebnis vor Steuern für 44%, 19% und 37% der Gewinne. In allen drei Säulen gingen die Erträge gegenüber dem Vorjahr zurück, teilweise massiv. Das gilt vor allem für die Unternehmens- und Investmentbank (-16%). Die Ursache dafür war primär die geringe Volatilität an den Finanzmärkten. Besonders schwach fiel das vierte Quartal aus. Positiv fällt im Asset-Management auf, dass die Deutsche Bank wieder Mittelzuflüsse über 16 Mrd. € verzeichnete.

Trotz dem erneut schwachen operativen Geschäft will die Deutsche Bank wieder Boni zahlen, laut Medienberichten in Höhe von insgesamt 1 Mrd. €. Damit will die «Deutsche» nach eigenem Bekunden Leistungsträger an das Institut binden oder neue anziehen. Die Aktionäre gehen dagegen vermutlich leer aus, da für 2017 wohl keine oder nur eine sehr geringe Dividende gezahlt wird. Für dieses Jahr soll es hingegen wieder eine wettbewerbsfähige Ausschüttung geben. Cryan rechnet mit einem «erfolgreichen Geschäftsjahr 2018». Er erwartet Verbesserungen bei den Kosten und eine steigende Volatilität an den Märkten, was die Handelsgewinne erhöhen würde.

ANZEIGE

Albin Kistler
Vermögensverwaltung für Private
& Asset Management

EIGENE WEGE
Wir handeln nach eigenen Grundsätzen.

albinkistler.ch